

Positionspapier

Initiator*innen:

Titel: Ausweg aus der Klimakrise: Das gute Leben für alle!

Antragstext

1 **Ausweg aus der Klimakrise: Das gute Leben für**
 2 **alle!**

3 Die Klimakrise ist das drängendste Problem unserer Zeit. Sie bedroht etliche
 4 Lebensgrundlagen auf der Erde. Um zu verhindern, dass sie jene katastrophalen
 5 Ausmasse annimmt, von welchen beim heutigen Verlauf auszugehen ist, oder gar zu
 6 noch schlimmeren Konsequenzen führt, darf die Erwärmung des Erdklimas 1.5°C im
 7 Vergleich zur vorindustriellen Zeit nicht übersteigen. Die heutige Erhitzung
 8 beträgt bereits 1.1°C. Die 1.5 Gradmarke wird voraussichtlich 2028 erreicht, der
 9 Notstand ist jetzt![\(1\)](#)

10 Die bürgerlich dominierte Schweizer Klimapolitik hat bisher nur absolut
 11 unzureichende Massnahmen beschlossen. Wir als JUSO Schweiz wissen, dass wir den
 12 Kapitalismus überwinden müssen, um die Klimakrise adäquat eindämmen zu können.
 13 Wir stehen ein für eine soziale, griffige und konsequente Klimapolitik und haben
 14 uns bereits in einer Vielzahl an Positionspapieren und Resolutionen mit der
 15 Bewältigung der Klimakrise befasst. [\(2\)](#) 2016 wurde das Positionspapier zum Thema
 16 verabschiedet und 2019 ein konkreter Massnahmenplan vorgestellt.

17 Den Kapitalismus überwinden zu wollen alleine reicht aber nicht, wir müssen auch
 18 wissen wo wir hin wollen. Deshalb zeichnen wir mit diesem Papier eine Vision,
 19 die die Richtung unserer Klimapolitik vorsehen soll. Eine Vision, wie wir durch
 20 den Umsturz des bestehenden Systems und einen transformatorischen
 21 gesellschaftlichen Wandel die Klimakrise abwenden und somit ein gutes Leben für

22 alle schaffen können.

23 **Kapitalismus als Ursache der Klimakrise**

24 Der Kapitalismus definiert sich durch das Privateigentum der Produktionsmittel.
25 Historisch gesehen war der erste Schritt dazu die ursprüngliche Akkumulation
26 [\(3\)](#), die unter anderem durch die Privatisierung von gemeinsamen Feldern
27 ermöglicht wurde. Weiter spielten die europäischen Kolonien eine wichtige Rolle.
28 Die Zerstörung der Umwelt, die Lebensweisen in den Kolonien und die Arbeit, die
29 von versklavten Menschen verrichtet wurde, lieferten die Ressourcen, welche die
30 Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise ermöglichten. Beispielsweise
31 wurde die Baumwollindustrie in Indien, die seit Jahrtausenden nachhaltig
32 Baumwolltextilien produziert hatte, von Grossbritannien komplett abgebaut, um
33 Rohbaumwolle für den heranwachsenden europäischen Kapitalismus zu liefern.
34 Privateigentum der Produktionsmittel bedeutet, dass eine Handvoll Besitzende die
35 ganze Infrastruktur, die für Produktion von Waren und Dienstleistungen notwendig
36 ist, besitzt und somit allein über deren Einsatz entscheidet - ohne auf die
37 Bedürfnisse der 99% und die Kapazitäten des Planeten achten zu müssen. Doch das
38 bedeutet nicht, dass die Kapitalist*innen frei sind zu machen was sie wollen:
39 sie unterliegen den Zwängen der gegenseitigen Konkurrenz. Um mit anderen
40 Kapitalist*innen mithalten zu können, müssen sie Kapital akkumulieren. Aus
41 diesem Grund basiert das ganze System auf kurzfristiger Profitmaximierung und
42 Wachstumszwang.

43 Die kurzfristige Profitmaximierung ermöglicht den Besitzenden, so viel Kapital
44 wie möglich zu akkumulieren. Um diese Profite zu maximieren, werden nicht nur
45 die Arbeiter*innen sondern auch die Umwelt ausgebeutet. Um Profit zu machen,
46 versucht das Kapital ständig, seinen Zugriff auf die Natur auszuweiten. Dies
47 geschieht nicht nur durch den Erwerb von Land, sondern auch durch dessen
48 Aneignung mittels Gewalt. Darunter leiden vor allem die indigenen Völker und
49 Kleinlandwirt*innen.

50 Wissenschaftlich gesehen sind menschlich erzeugte Treibhausgasemissionen die
51 Ursache der Klimakrise. Diese stammen in grossen Teilen aus fossilen
52 Energieträgern. Und genau da liegt das Problem: Ohne fossile Energien gibt es
53 keinen billigen Transport, keine tiefe Produktionskosten und deshalb keinen
54 maximalen Profit. Und obwohl heute gewisse erneuerbare Energieträger billigere
55 Investitionen wären, haben die Besitzenden wenig Interesse ihre Investitionen in
56 fossilen Energieträgern zu beenden, solange diese noch so profitabel sind. Dazu
57 kommt, dass diese Profitmaximierung eben kurzfristig passiert und somit das
58 genaue Gegenteil der langfristigen Perspektive verkörpert, die notwendig ist, um
59 die planetaren Grenzen zu respektieren. Kurz gefasst: Was nicht hier und jetzt
60 profitabel ist fällt weg – die verheerenden Folgen für unseren Planeten und vor

61 allem die Individuen, die ihn bewohnen, werden dabei ausser Acht gelassen.

62 Während ein Teil des Profits direkt in die Tasche der Besitzenden geht, wird ein
63 anderer Teil in ihre Unternehmen investiert, um sie zu modernisieren und zu
64 vergrössern, damit mehr und billiger produziert werden kann: Dieser Prozess wird
65 Kapitalakkumulation genannt. Wenn die Kapitalist*innen nicht so agieren, werden
66 sie von der Konkurrenz überrollt. Das schafft einen Teufelskreis, in dem die
67 Produktion unendlich wächst und die Treibhausgasemissionen unendlich steigen,
68 und das in einer Welt mit beschränkten Ressourcen. Aus der Kapitalakkumulation
69 ergibt sich also ein Wachstumszwang. Diese immer grössere Warenmasse muss dann
70 auch noch konsumiert werden, und dies wird u.A. durch Werbung und geplante
71 Obsoleszenz(4) ermöglicht. Überkonsum ist also eine direkte Folge der
72 kapitalistischen Überproduktion.
73

74 Schließlich haben im Kapitalismus diejenigen, die den Reichtum besitzen, enorme
75 politische Macht. Die sehr reichen Lobbygruppen der fossilen Brennstoffe und all
76 jene wirtschaftlichen Interessen, die im krassen Gegensatz zum Klimaschutz
77 stehen, blockieren jede Art von Klimapolitik, die den Interessen der
78 Kapitalist*innen zuwiderläuft. Sie verbreiten zudem "Fake News" und versuchen,
79 das Problem zu relativieren und das aktuelle zerstörerische System zu erhalten.
80 Das ist ein weiteres Merkmal des Kapitalismus, welches ernsthaften Klimaschutz
81 verunmöglicht.

82 Von diesem zerstörerischen System profitiert das reichste Prozent massiv,
83 während die restlichen 99% darunter leiden. Besonders davon betroffen sind PoC
84 (5), FLINTA*-Personen (6), die Arbeiter*innen im Globalen Süden, die ärmsten
85 Menschen im Globalen Norden, sowie Tiere. Obwohl sie am wenigsten zur Entstehung
86 der Klimakrise beigetragen haben, leiden diese Menschen mehrfach unter diesem
87 zerstörerischen System. Auf der einen Seite werden sie im Prozess, der die
88 Klimakrise verursacht, durch das Zusammenspiel von Kapitalismus und anderen
89 Unterdrückungssystemen ausgebeutet. Auf der anderen Seite sind sie am stärksten
90 von den Folgen der Klimakrise betroffen. Sie werden massiv von Naturkatastrophen
91 bedroht, leben in einer verschmutzten Umwelt und können sich aufgrund ihrer
92 ökonomischen Vulnerabilität am schwierigsten anpassen.

93 **Für eine soziale Klimapolitik**

94 Die Antwort der bürgerlich geprägten Schweizer Politik auf diese unhaltbaren
95 Zustände lässt sich in einem Wort zusammenfassen: Eigenverantwortung. Die
96 Klimakrise wird als individuelles statt systemisches Problem dargestellt. Die
97 Idee ist, dass die Klimakrise allein dadurch gelöst werden kann, dass die Märkte
98 auf weniger klimaschädliche Produkte wie Elektroautos umsteigen. So wird das
99 Umweltproblem vielmehr als neue Wachstumschance gesehen. Solche Erzählungen

100 folgen kapitalistischem Kalkül: Grosse Treibhausgas-Emittent*innen werden so
101 versteckt und der Fehler wird bei Einzelpersonen gesucht, die sich dann
102 gegenseitig beschuldigen. Die grossen Hebel aber sind die Grosskonzerne und das
103 reichste Prozent. Individuelle Verantwortung wird in den Vordergrund gestellt,
104 ohne die wahren Verursacher*innen der Klimakrise anzuprangern. Das reichste
105 Prozent, Grosskonzerne und der Schweizer Finanzplatz werden in Schutz genommen.
106 Aktivist*innen, die auf diese Problematiken aufmerksam machen und dagegen
107 vorgehen, erfahren weltweit Repressionen.

108 Neue Gesetze in der Schweiz implementieren nur finanzielle Anreize, aber keine
109 Verbote. Daraus resultieren oft höhere Preise für Benzin, Ölheizungen und
110 weitere negative Folgen für die Bevölkerung. Diese Massnahmen sind alles andere
111 als effektiv und treffen einkommensschwache Personen besonders schwer. Das
112 gescheiterte CO2-Gesetz versinnbildlicht diese Entwicklung. Es wurde in der
113 Abstimmung im Sommer 2021 abgelehnt. Als einzige vermeintliche Errungenschaft
114 der bürgerlichen Schweizer Klimapolitik war es eine ungerechte und ineffektive
115 Vorlage, welche auf Eigenverantwortung der 99% und finanzielle Anreize gesetzt
116 hätte, ohne die eigentlichen Verursacher*innen der Klimakrise genügend zur
117 Rechenschaft zu ziehen. Es zeigt sich also klar; die Bürgerlichen versagen auf
118 voller Linie mit ihrer «Klimapolitik».

119 Als weitere Merkmale der bürgerlichen Klimapolitik können wir den Fokus auf den
120 Konsum, Marktmechanismen und technologische Lösungen nennen. Die Fokussierung
121 auf den Konsum ist eine direkte Folge des Eigenverantwortungsmärchens. Die
122 bürgerliche Klimapolitik zielt darauf ab, neue Konsumpraktiken der 99% zu
123 schaffen, anstatt die Logik des Überkonsums und der Überproduktion zu
124 durchbrechen. Wir wissen aber, dass Überproduktion und Konsumanreize, die dem
125 Kapitalismus inhärent sind, zu Überkonsum und damit zur Erschöpfung der
126 planetaren Ressourcen führen. Eine weitere wichtige Rolle in der bürgerlichen
127 klimapolitik spielen Marktmechanismen, wie handelbare Emissionsrechte. Die
128 Schweiz setzt sich bei internationalen Klimaverhandlungen besonders stark für
129 diese Mechanismen ein, um somit vor allem Emissionsreduktionen in anderen
130 Staaten zu finanzieren - die zum Teil so oder so geschehen wären - statt sich um
131 inländische Emissionen zu kümmern. Diese Marktmechanismen sind nicht nur ein
132 ungenügendes Mittel für eine effiziente Klimapolitik, sondern hatten sogar in
133 den ersten Jahren ihrer Anwendung sogar eine kontraproduktive Rolle gespielt,
134 indem sie den Ausstieg aus den fossilen Energien gebremst haben. Schliesslich
135 charakterisiert sich die aktuelle Klimapolitik durch den Glauben, dass
136 Technologien und Innovation die Klimakrise lösen können. Die Entwicklung von
137 Technologien, die die Umwelt immer weniger belasten, ist sicherlich eine gute
138 Sache und wird von grossem Nutzen sein, ebenso wie der wissenschaftliche
139 Fortschritt. Diese neuen Technologien werden jedoch sicherlich nicht ausreichen,
140 um Krisen zu lösen. Und vor allem macht der Wachstumszwang die potenziellen
141 Vorteile dieser Technologien zunichte. Mit weniger umweltschädlichen Maschinen

142 haben die Kapitalist*innen einen noch größeren Anreiz, mehr zu produzieren, um
143 noch mehr Profit zu machen. Neue Technologien werden nicht eingesetzt, um die
144 gleiche Menge an Produkten in kürzerer Zeit herzustellen, sondern um mehr
145 Produkte in der gleichen Zeit zu produzieren. Tatsächlich können sich
146 Innovationen nur in einer von der kapitalistischen Logik befreiten Gesellschaft
147 wirklich positiv auswirken. Nur in einer postkapitalistischen Gesellschaft kann
148 der wissenschaftliche Fortschritt dem Wohlergehen der Umwelt und der Menschen
149 zugute kommen, anstatt den Prozess der Gewinnung und Entsorgung natürlicher
150 Ressourcen zu beschleunigen.

151 Wir brauchen also dringend eine Alternative zu dieser bürgerlichen Klimapolitik:
152 eine soziale Klimapolitik. Statt die Verantwortung für die Klimakrise bei den
153 Individuen zu sehen, zeigen wir dass der Kapitalismus die Ursache der Klimakrise
154 ist. Es sind nicht die 99%, sondern die Leute, die am meisten von diesem
155 zerstörerischen System profitieren - also die Überreichen - die für die
156 Bewältigung der Klimakrise und ihrer Folgen zahlen müssen. Auch Grosskonzerne
157 und der Finanzplatz müssen durch Verbote, Besteuerung und demokratische
158 Kontrolle endlich in Verantwortung genommen werden. Unsere Klimapolitik will
159 nicht das Konsumverhalten der 99% ändern, sondern die Art und Weise der
160 Produktion. Wir brauchen deshalb einen ökosozialen Umbau der Produktionssphäre.
161 In diesem Umbau soll niemand auf der Strecke bleiben, die soziale Dimension
162 unserer Klimapolitik ist absolut zentral. Um einen ökologischen Wandel für die
163 99% zu gewährleisten, muss Care-Arbeit außerdem ein wichtiger Hebel und ein
164 Hauptbestandteil im Kampf gegen die Klimakrise sein. Schliesslich ist unsere
165 Klimapolitik internationalistisch und klimagerecht. So müssen die 99% im
166 Globalen Süden so gut wie möglich vor den Folgen der Klimakrise geschützt und
167 bei der Anpassung an diese Lage bedingungslos unterstützt werden.

168 **Unsere Vision: das Gute Leben für alle!**

169 Wir sehen: Der Kapitalismus verursacht und fördert Krisen und bildet das
170 Fundament für den Profit von wenigen auf Kosten der 99%. Den Aufbruch in eine
171 Zukunft, in der das gute Leben für alle garantiert ist, müssen wir jetzt wagen.
172 Massnahmenpläne mit Schritten für eine soziale und radikal antikapitalistische
173 Klimapolitik gibt es bereits zahlreiche, nun gilt es diese umzusetzen und dafür
174 holen wir unser Geld zurück! Damit wir der Gesellschaft aufzeigen können, für
175 was es zu kämpfen gilt, brauchen und haben wir klare Ideen; Unsere
176 ökosozialistische Gesellschaftsvision beruht auf drei Säulen: demokratisch
177 ökologische Planung, Postwachstum und Care-Ökonomie.

178 **Demokratisch ökologische Planung**

179 Der wirtschaftliche Umbau kann nicht isoliert passieren, sondern geht zwingend
180 mit einer radikalen Umwandlung jeglicher Gesellschaftsstrukturen einher. Ziel
181 soll eine demokratische, ökologische, dezentrale Planwirtschaft sein, nur so
182 kann das Wohl der Gesamtgesellschaft ins Zentrum gestellt werden. Durch eine
183 Verwaltung und Planung auf mehreren Ebenen, innerhalb von Unternehmen, in
184 politischen Institutionen oder Organisationen. Eine Verwaltung in der die
185 Betroffenen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und der
186 Kapazitäten der Umwelt selbst über die Produktion und die dazu benötigten Mittel
187 demokratisch bestimmen. Wir müssen sicherstellen, dass die Produktion
188 vernünftig ist und die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen widerspiegelt,
189 dass die ökologische Wende beginnt und im Interesse der meisten Menschen erfolgt
190 und schließlich, dass weder die Natur, noch Tiere oder Menschen ausgebeutet
191 werden.

192 **Postwachstum**

193 Unsere Gesellschaft muss zwingend vom kapitalistischen Zwang nach Wachstum
194 befreit werden. Wir streben nach einer Postwachstumsgesellschaft,

195 welche eine Entmaterialisierung, eine Verantwortungsübernahme und eine
196 Neuausrichtung der Wirtschaft durch die gesteuerte Schrumpfung von
197 Wirtschaftstätigkeiten mit konkretem Materialverbrauch impliziert. [\(7\)](#) Damit
198 soll die Überproduktion sowie der Überkonsum eingedämmt und dann überwunden
199 werden. Das bedeutet, dass ein Wandel in Gang gesetzt werden muss, der darauf
200 abzielt, eine neue Gesellschaft aufzubauen, die auf anderen Werten wie
201 Nachhaltigkeit, Demokratie, Gerechtigkeit und kollektivem Wohlergehen beruht.
202 Wachstum kann und muss sich nur auf die Qualität beziehen, statt wie bisher auf
203 die Quantität. Es soll besser und bedürfnisorientiert, statt einfach immer mehr
204 produziert werden. Damit die Menschen mehr Zeit für ein gutes Leben haben, soll
205 eine massive Arbeitszeitverkürzung umgesetzt werden. So bleibt mehr Zeit für
206 gesellschaftliche Tätigkeiten und Familie. Ausserdem wird dieser Schritt zentral
207 zur Aufhebung der sozialen Ungleichheit beitragen können.

208 **Care-Ökonomie**

209 In einer ökosozialistischen Gesellschaft spielt Care-Arbeit eine zentrale Rolle,
210 nur so kann das Zusammenleben in einer Gesellschaft den menschlichen und
211 tierischen Bedürfnissen gerecht werden. Die Care-Bereiche sollen kollektiviert
212 und demokratisch organisiert sein. [\(8\)](#) Die Beanspruchung von Care-
213 Dienstleistungen stellen ein Grundbedürfnis aller empfindungsfähigen Individuen
214 dar, was Care-Arbeit zu einem wichtigen Grundstein jeder Form des Zusammenlebens
215 macht. [\(9\)](#) Die dezentrale und staatliche Organisation von Care-Strukturen
216 innerhalb von Gemeinschaften ist daher unumgänglich und zentral für eine

217 bedürfnisorientierte und dezentrale Selbstverwaltung.

218 Eine solidarische Gesellschaft, in der Care-Arbeit gerecht verteilt ist, baut
219 Krisenresistenz auf. Durch ein starkes soziales Netz ist sie in Katastrophen und
220 Krisen resilienter - eine Eigenschaft, die gerade mit zunehmenden
221 Extremwetterereignissen in der Klimakrise dringend nötig ist.

222 **Auf zur ökosozialistischen Wende!**

223 Wenn wir nicht nur das Überleben, sondern ein gutes Leben für alle gewährleisten
224 wollen, muss das Steuer jetzt herumgerissen werden. Die Überwindung des
225 Kapitalismus ist unumgänglich und so dringend wie nie zuvor. Wir glauben nicht
226 ans Märchen vom grünen Wachstum, sondern stehen ein für eine radikal soziale und
227 antikapitalistische Klimapolitik. Die Verursacher*innen der Krise hätten gestern
228 schon zur Kasse gebeten werden sollen, heute aber ziehen wir sie konsequent in
229 Verantwortung, denn es ist an der Zeit, diesem zerstörerischen System ein Ende
230 zu setzen! Eine andere Welt ist möglich - auf zum Ökosozialismus!

231

232 **Fussnoten**

233 (1) Masson-Delmotte, Valérie et al. : Global Warming of 1.5°C. Summary for
234 policy makers (im Rahmen des IPCC Berichtes), o.0 2022

235 (2)<https://juso.ch/de/standpunkte/klima/>

236 (3) Die ursprüngliche Akkumulation bezeichnet den Prozess (ca. ab dem 15.
237 Jahrhundert), der das Einrichten der kapitalistischen Produktionsverhältnissen
238 und der Kapitalakkumulation ermöglicht hat.

239 (4) Geplante Obsoleszenz bezeichnet die durch ein Unternehmen bewusste
240 Einschränkung der Lebensdauer von Produkten.

241 (5) People of Color

242 (6) Frauen, Lesben, inter, nonbinäre, trans und agender Menschen

243 (7) Climatestrike Switzerland: Klimaaktionsplan. Kurzfassung, Zürich 2021, S.
244 30.

245 [\(8\)](#) Winker, Gabriele: Care-Revolution als feministisch-marxistische
246 Transformationsperspektiv, in: das Argument, XX 2015, S. 538.

247 [\(9\)](#) Madörin, Mascha: Care Ökonomie. Eine Herausforderung für die
248 Wirtschaftswissenschaften, in: Caglar, Gülay (Hrsg.): Gender and Economics.
249 Feministische Kritik der politischen Ökonomie, Wiesbaden 2010, S. 90.